

Hinweise zur Datenerhebung: Die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem AufenthG oder nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 86 AufenthG). Die im Antrag verlangten Angaben beruhen auf dem Aufenthaltsgesetz. Wegen der Vielzahl der Bestimmungen können die im Einzelfall geltenden Rechtsgrundlagen bei der Ausländerbehörde gerne erfragt werden.	Eingangsstempel
Antrag auf Vorabzustimmung zur Erteilung eines Visums gem. §§ 4 und 6 AufenthG	Aktenzeichen

Die Ausländerbehörde benötigt die gekennzeichneten Unterlagen, damit über den Antrag entschieden werden kann:

Heiratsurkunde	Einstellungszusage des Arbeitgebers
Urkunde über die eingetragene Lebenspartnerschaft	Zulassungsbescheid der Hochschule
Geburtsurkunde für Kind	Finanzierungserklärung
Mietvertrag	_____
Arbeitgeberbestätigung	_____
Verdienstbescheinigung der letzten drei Monate	_____

1. Im Bundesgebiet wohnende Bezugspersonen

1 Bezugsperson / Ehegatte / Lebenspartner / Elternteil

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)	Geschlecht m w
Geburtsort (Ort, Staat)		Geburtsdatum
Staatsangehörigkeit(en)	Identitätsdokument / Aufenthaltstitel	Telefon (Angabe freiwillig)
wohnhaft in (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		

2 Bei Kindernachzug: anderer Elternteil

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)	Geschlecht m w
Geburtsort (Ort, Staat)		Geburtsdatum
Staatsangehörigkeit(en)	Identitätsdokument / Aufenthaltstitel	
wohnhaft in (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		

2. Einreisen soll

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)	Geschlecht m w
Geburtsort (Ort, Staat)		Geburtsdatum
Staatsangehörigkeit(en)	Reisepass-Nr.	
derzeit wohnhaft in (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Verwandschaftsbeziehung zur Person 1 bzw. 2		

Begleitende Kinder (weitere Kinder ggf. auf Beiblatt)

Name 1.		Vorname	
Geburtsdatum	Geburtsort		Geschlecht m w
Name 2.		Vorname	
Geburtsdatum	Geburtsort		Geschlecht m w

Einreisezweck			
Familienzusammenführung zum Ehegatten	Familienzusammenführung zu beiden Elternteilen	Familienzusammenführung zu einem Elternteil	Familienzusammenführung zum Lebenspartner
Arbeitsaufnahme	Studium		
Beabsichtigte Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet (von – bis)			
Beabsichtigter Aufenthaltsort im Bundesgebiet (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)			
zuständige Deutsche Auslandsvertretung			

Ich beantrage hiermit die Zustimmung zur Erteilung eines Visums gemäß §§ 4 und 6 AufenthG. Mir ist bekannt, dass der/die Einreisende für die Einreise in das Bundesgebiet ein Visum der zuständigen Deutschen Auslandsvertretung benötigt, das nur mit Zustimmung der für den beabsichtigten Aufenthaltsort zuständigen Ausländerbehörde erteilt werden darf. Die zuständige Auslandsvertretung ist an eine Zustimmung der Ausländerbehörde nicht gebunden, sondern kann ein Visum auch ablehnen.

Gemäß § 68 AufenthG verpflichte ich mich hiermit, die Kosten für den Lebensunterhalt und nach § 66 AufenthG die Kosten für die Ausreise der unter 2. genannten Person/en zu tragen. Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum und der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden (z. B. Arztbesuch, Medikamente, Krankenhausaufenthalt). Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Die vorliegende Verpflichtung umfasst auch die Ausreisekosten (z. B. Flugticket).

Ich wurde von der Ausländerbehörde hingewiesen auf:

- den Umfang und die Dauer der Haftung
- die Möglichkeit eines Versicherungsschutzes
- die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme, sowie
- die Strafbarkeit z. B. bei vorsätzlich unrichtigen oder unvollständigen Angaben (§ 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bestätige, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein. Meine Angaben sowie der Umfang der eingegangenen Verpflichtung sind freiwillig.

Ort, Datum

Unterschrift

Stellungnahme der Meldebehörde	
1. Antragsteller ist hier gemeldet seit	
2. Die Angaben stimmen mit den vorgelegten Unterlagen überein	sind nicht vollständig prüfbar zu Ziffer
3. Gegen den Aufenthalt bestehen keine Bedenken	folgende Bedenken (siehe Anlage)
4. Der Ausländerbehörde	weitergereicht mit Anlagen
Ort, Datum	Unterschrift Behörde

Bearbeitungsvermerke der Ausländerbehörde

1. Antrag entgegengenommen am / durch _____
2. Zuständigkeit gegeben: der beabsichtigte Aufenthalt ist im Zuständigkeitsbereich vermittelnde öffentliche Stelle ist im Zuständigkeitsbereich
3. AZR negativ ja nein
4. Vorabzustimmung ist grundsätzlich möglich dringender Fall Anspruch auf Aufenthaltstitel
- öffentliches Interesse § 18 AufenthG § 19 AufenthG
5. Die Voraussetzungen für Zustimmung zur Erteilung eines Visums liegen vor ja Rechtsgrundlage _____
- nein

Begründung

6. Zustimmung ausgefertigt am zur Post am / ausgehändigt am
7. Mitteilung über Ablehnung ausgefertigt am zur Post am / ausgehändigt am
8. Liste der Zustimmungen
9. Zum Akt

Datum

Unterschrift Sachbearbeiter

Ausstellung gebührenfrei	
Auslagen:	Euro
Auslagen:	Euro
Gebührenregister Nr.	

Empfangsbestätigung
Die o. g. Vorabzustimmung habe ich heute erhalten.
Ort, Datum
Unterschrift